



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 22. Ratssitzung vom 16. November 2022

927. 2022/259

**Weisung vom 22.06.2022:**

**Sozialdepartement, Verein Marie Meierhofer Institut für das Kind, Beiträge  
2023–2026**

Antrag des Stadtrats

Für die Angebote A, B und C wird dem MMI für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von jährlich Fr. 143 500.– bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Yves Henz (Grüne):** *Mit dieser Vorlage beantragt die Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) einen leistungsabhängigen jährlichen Maximalbeitrag von 143 500 Franken an das Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI) für die Leistungen Beratung und Praxisforschung für die Jahre 2023–2026. Der jährliche Betrag erhöht sich damit um 49 300 Franken. Das Ziel des MMI ist die Förderung der Entwicklungs- und Lebensbedingungen von Kindern von der Geburt bis zu den ersten Schuljahren. Im Zentrum stehen die Bedürfnisse und übergeordneten Interessen der Kinder. Das MMI setzt sich insbesondere für benachteiligte und gefährdete Kinder ein, also für diejenigen, die spezielle und umfassende Unterstützung brauchen. Die Angebote richten sich an Fachpersonen von sozialen Diensten und Behörden, Tageseinrichtungen für Kinder, sozialen und pädagogischen Einrichtungen und Diensten, aus dem Schul- und Gesundheitsbereich sowie an Eltern und weitere Privatpersonen. Primär sind es drei Angebote. Erstens ist es die kostenlose, maximal zweistündige Kurzberatung, die von allen Zielgruppen in Anspruch genommen werden kann. Das Angebot B besteht aus diversen kostenpflichtigen Beratungsangeboten und richtet sich vor allem an Fachpersonen, Teams und Organisationen. Diese Beratungen sind wichtig für das Qualitätsmanagement im Feld der Frühen Kindheit. Das Angebot C ist die Praxisforschung, wofür mit verschiedenen Institutionen zusammengearbeitet wird. Mit der Weisung wird eine Neustrukturierung der Leistungsfinanzierung vorgeschlagen: Die Beiträge an die kostenlosen und an die kostenpflichtigen Beratungen sollen separat ausgewiesen werden. Die kostenpflichtigen Beratungen enthalten zudem ein Kostendach für Beratungen der Stadtverwaltung. Die Beiträge der Stadt werden aufgrund zunehmender Nachfrage und gestiegenen Nutzens für die Stadt selbst, sowie für das Praxisfeld der Frühen Kindheit, erhöht. Die Mehrheit der Kommission betrachtet den zusätzlichen Bedarf als gut begründet und die Arbeit des MMI als wertvoll für unsere Stadt und beantragt die Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.*



2 / 4

Kommissionsminderheit:

**Sebastian Zopfi (SVP):** Der Stadtrat beantragt die Erhöhung des Beitrags von bisher 94 200 Franken auf 143 500 Franken. Das ist eine Erhöhung um 52 Prozent. Die SVP beantragt die Ablehnung dieser Erhöhung und dass beim bisherigen Beitrag verblieben wird. Wir anerkennen die Funktion und Leistungen des MMI für Familieninstitutionen und Behörden. Darum unterstützen wir grundsätzlich die jährlichen Beiträge der Stadt. Sie dürfen aber nicht grenzenlos sein. Wir müssen festhalten, dass die Beratung für alle Eltern und Ratsuchenden kostenlos ist. Wenn etwas gratis ist, kann immer mit der steigenden Nachfrage argumentiert werden. Darum kann das Argument des Stadtrats für die Erhöhung des jährlichen Betrags nicht akzeptiert werden. Was zusätzlich klar gegen die starke Erhöhung um 52 Prozent spricht, ist die Finanzlage der Stadt. In vier Wochen werden wir das Budget beraten. Das Budget 2023 sieht ein Defizit vor und die Planjahre 2024–2026 rechnen ebenfalls mit negativen Ergebnissen. Wir haben keinen Spielraum für Mehrausgaben. Unser Antrag ist darum vernünftig und massvoll.

Weitere Wortmeldungen:

**Marcel Tobler (SP):** Das MMI ist sehr renommiert. Es betreibt anerkannte Forschung im Bereich der Kleinkinder im Alter von null bis vier Jahren. Fachpersonen auch vom Stadtrat sind auf diese Forschung angewiesen. Im Bereich der Frühen Kindheit besteht Handlungsbedarf. Die unterschiedlichen Beratungsangebote beinhalten kostenlose Beratungen von bis zu zwei Stunden sowie kostenpflichtige Beratungsstunden für Fachpersonen. Der Bedarf ist ausgewiesen und vor allem erbringt das MMI immer höhere Leistungen. Es sind mehr Beratungsstunden, als bisher eingekauft wurden. Was bestellt wird, sollte auch bezahlt werden. Darum ist die SP klar der Ansicht, dass dem Antrag des Stadtrats gefolgt werden soll. Der Betrag soll um 20 000 Franken in einem Bereich und um knapp 30 000 Franken im anderen Bereich erhöht werden.

**Mélissa Dufournet (FDP):** Der Stadtrat beantragt den jährlichen Maximalbeitrag von 143 500 Franken, eine Erhöhung um rund 50 000 Franken. Die FDP ist zum einen gegen diese Erhöhung, weil die kostenlosen Beratungen von allen Personen in Anspruch genommen werden können. Das heisst, dass dies auch Personen mit hohem Einkommen tun können, obwohl sie für diese Dienstleistung bezahlen könnten. Zudem werden rund 50 Prozent der Beratungen für diverse Fachpersonen und Institutionen erbracht. Darunter sind auch Kinderärzte und Spitäler, die sich diese Dienstleistung durchaus leisten können. Der Steuerzahler muss das nicht quersubventionieren. Wir sind der Ansicht, dass eine Entflechtung des Angebots nötig ist. Ausserdem ist fraglich, ob die Stadt selektiv solche Forschung finanzieren soll. Der Kanton erhöhte seinen Beitrag nicht; die Stadt hätte bei ihrem Beitrag bleiben können. Ohne Erhöhung hätte die FDP-Fraktion der Weisung zugestimmt, darum wechseln wir von der Ablehnung in die Enthaltung.



3 / 4

### Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Angebote A, B und C wird dem MMI für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von jährlich Fr. ~~143 500.–~~ 94 200.– bewilligt.

- Mehrheit: Yves Henz (Grüne), Referent; Präsident Marcel Tobler (SP), Walter Angst (AL), Fanny de Weck (SP), Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ruedi Schneider (SP), Dr. Josef Widler (Die Mitte)
- Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Patrik Brunner (FDP), Ronny Siev (GLP), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

- Mehrheit: Yves Henz (Grüne), Referent; Präsident Marcel Tobler (SP), Walter Angst (AL), Fanny de Weck (SP), Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ruedi Schneider (SP), Ronny Siev (GLP), Dr. Josef Widler (Die Mitte)
- Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Patrik Brunner (FDP), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 13 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Angebote A, B und C wird dem MMI für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von jährlich Fr. 143 500.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2023)



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat